

Demonstration "SO NICHT"



Die Demonstration am 15.9.2007 in Düsseldorf hat deutlich gemacht, dass es in NRW keinen Konsens für den vorgelegten Regierungsentwurf gibt.

Mehr als 15.000 Menschen haben unmittelbar mit ihrer Teilnahme an der Veranstaltung deutlich gemacht, dass Sie eine Veränderung SO NICHT wollen. Der Gesetzentwurf solle, so wie dies zutreffend auch in der politischen Diskussion angesprochen worden sei, in die Montagehalle zurück und neu aufgebaut und auf keinen Fall jetzt übers Knie gebrochen werden.

Wegen des sich abzeichnenden großen Interesses wurde die Veranstaltung auf die Wiese vor den Landtag verlegt. Ursprünglich war mit 2.000 Teilnehmenden gerechnet worden. Aber auch vor dem Landtag reichte der Platz nicht aus, so dass die Flächen bis unter die Rheinkniebrücke genutzt und mit großzügiger Duldung auch die Bannmeile überschritten werden konnte. Eltern, Erzieherinnen, Großeltern, Berufspraktikantinnen, Auszubildende, Ausbilder, Politikerinnen aus den Kommunen und dem Landtag fanden sich vor dem Landtag ein. Viele andere hatten diese Mitwirkung ermöglicht und waren daher aus der Ferne auch dabei. Beteiligte aus konfessionellen, kommunalen und anderen freigemeinnützigen Einrichtungen wiesen in Sprechchören und Plakaten auf die Unzulänglichkeit des Gesetzentwurfes hin.. Damit wurde deutlich, dass die Kritik in den Einrichtungen aller Träger besteht und auch in der Trägerschaft der Demonstration wieder zu finden war: So waren bei den 26 Trägerorganisationen auch Wohlfahrtsverbände und Zusammenschlüsse aus dem konfessionellen Bereich beteiligt und auch Mitarbeiterinnen aus kommunalen Einrichtungen über die Gewerkschaften vertreten.

Mehr als 120.000 Unterschriften konnten dem Landtagsvizepräsidenten übergeben werden, der von der Breite des Protestes beeindruckt war und zum Ausdruck brachte, dass dieses eindrucksvolle Votum durch den Landtag bei den weiteren Beratungen berücksichtigt werden müsse.

Es wurde festgestellt, dass mit dieser Bewegung erstmals in NRW aus der „Mitte der Gesellschaft“ heraus ein überdeutliches Eintreten für tatsächliche qualitative Verbesserungen erfolgt sei und die Politik davon ausgehen könne, dass dies bei der weiteren Beratung und zukünftigen Entscheidungen erfolgen wird.

Den Mitgliedern des Landtags wurde neben der vielfältigen Kritik am Gesetzentwurf aus der Anhörung am 28./29.8.2007 nun auch von den unmittelbar Betroffenen die Unzulänglichkeiten aufgezeigt und eine völlige Neufassung gefordert. Der Gesetzentwurf soll SO NICHT umgesetzt werden.